

Vegane Burger und Cybersicherheit

Grüne Jugend löchert MdB Erhard Grundl mit Fragen über Bundeswehr

Bisher hat MdB Erhard Grundl lokale und überregionale Persönlichkeiten zu seinen digitalen Grillrunden eingeladen und sie befragt. Die Grüne Jugend drehte nun den Spieß um und brachte Grundl in die Rolle des Befragten. Dabei reichte die Bandbreite vom Arbeitsalltag eines Abgeordneten, über die neue Rolle als Regierungsfraktion bis zu strittigen Themen wie dem 100 Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr.

Das passende Ambiente bot die öffentliche Grillfläche am Donauufer beim Stadtstrand – mit veganen Burgern. Miriam Baumgartner, Sprecherin der Grünen Jugend, begrüßte neben dem MdB noch die Fraktionsvorsitzende im Stadtrat, Feride Niedermeier, sowie den Bezirksvorsitzenden der niederbayerischen Grünen, Matthias Ernst.

Die Arbeitsgruppe Kultur und Medien der Grünen-Fraktion im Bundestag leitet Grundl. Außerdem sitzt er im Auswärtigen Ausschuss und ist stellvertretendes Mitglied im Europaausschuss. Als Schwerpunkte für diese Legislaturperiode habe er sich die Verbesserung der sozialen Lage von Künstlern und Beschäftigten in der Kreativwirtschaft sowie die Stärkung des unabhängigen Journalismus und der Presse- und Kunstfreiheit gesetzt.

Daneben bestimmte die aktuelle Situation in der Ukraine das Gespräch. „Der Russische Angriffskrieg stellt uns Grüne vor eine neue



Freuten sich über eine lebhafte Diskussion am Grill (v.l.): Grünen-Bezirksvorsitzender Matthias Ernst, Philip Weinzierl von der Grünen Jugend, MdB Erhard Grundl, Grüne Jugend-Sprecherin Miriam Baumgartner, Stadträtin Feride Niedermeier sowie Kris Sauerbier und Johannes Hunger von der Grünen Jugend.

Situation, in der viele Gewissheiten nicht mehr gelten“, führte Grundl aus. Einigkeit herrschte in der Notwendigkeit der Unterstützung der Ukraine mit militärischem Gerät. Unterschiedliche Ansichten gab es zum 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr. Dieses lehnt die Grüne Jugend ab.

Erst Bundeswehrstrukturen verändern

„Das Geld hat nur einen indirekten Nutzen für die Ukraine. Die Bundeswehr hat kein Etatproblem, sondern ein Struktur- und Beschaffungsproblem“, legte Johannes Hunger die Kritik der Jugendorga-

nisation dar. Bevor weiteres Geld zur Verfügung gestellt werde, müssten erst die bisherigen Strukturen und das Beschaffungswesen reformiert werden. Sonst drohten die Milliarden zu versickern.

Solche Reformen seien in der Vorbereitung, warf Grundl ein. Außerdem plädierte er für einen erweiterten Sicherheitsbegriff, der auch Geld für den Schutz von kritischer Infrastruktur und Cybersicherheit zur Verfügung stelle. Neben der Cybersicherheit sei der Zivilschutz in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt worden. „Diese Bereiche müssen über das Sondervermögen hinaus dringend ertüchtigt werden.“ –red-